

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 75.—, Einzelnummer M. 15.—, Sonntagsausgabe M. 20.—.
Anzeigen-Preise. Die Spalte 17 mm breite Seite M. 3.—, außerhalb Sach'sens M. 4.—, Familienanzeigen und Kleinanzeigen unter Wochen leben weiteren Rabatts M. 2.—, Tagespreise laut Text. Zusätzliche Gebühren gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "epich & Reichardt" in Dresden.
Pollich-Roman 1068 Dresden.

Druckort: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesellschaft 25 241
Nur für Nachdruck: 20011.

Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Inverleibte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Phonota
Triphonola
eingebaut
in Klavisch und andere
Weltmarken

Auf Wunsch Literatur
Urteile

Hupfeld-Könisch

Ludwig Hupfeld A.-G.
24 Waisenhausstraße 24

Zahlungs-
bedingungen

Könischflügel Könischpianos

von letzter Vollendung
höchste prelowerte Qualitäts-
pianos: Orchest. u. a.

Das überfraktionelle Kabinett Cuno.

Der erneute Auftrag des Reichspräsidenten an Cuno.

Berlin, 20. Nov. Der Reichspräsident hat Generaldirektor Dr. Cuno erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Dr. Cuno hat dem Auftrag angenommen. Er beabsichtigt ein Geschäftsministerium zu bilden und hofft, morgen diese Aufgabe an Ende zu führen.

Beharrliche Ablehnung der Sozialdemokraten.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Nov. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich zur Frage der Kabinettsbildung dem gestrigen Beschluss des Parteivorstandes angeschlossen.

Berlin, 20. Nov. Da die Sozialdemokraten nach wie vor jede Beteiligung an der Regierungsbildung ablehnen, hat Geheimrat Cuno eine Ministerliste für ein überfraktionelles Kabinett ohne die Sozialdemokraten aufgestellt, wozu sich auch Reichspräsident Ebert einverstanden erklärt haben soll. Die Namen, die Geheimrat Cuno auf seine Liste genommen hat, sind noch nicht bekannt. Es heißt nur, daß der bairische Demokrat Hamann Staatssekretär in der Reichskanzlei werden soll.

Die vermuthliche Zusammenfassung des Kabinetts Cuno.

Berlin, 20. Nov. (Priv. Meld.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist es eingetragenen Wahrscheinlich, daß von den früheren Ministern die Herren Braun als Arbeitsminister, Gehler als Reichswirtschaftsminister und Dr. Dorn als Reichsfinanzminister in dem neuen Kabinett erscheinen werden.

Nach der „Vossischen Zeitung“ werde auch Reichsernährungsminister Dr. Hehr der Regierung angehören. Neu eintreten würden nach dem Walle einige Parlamentarier, so Dr. Heine als Reichsjustizminister, die anderen Posten sollen mit Nichtparlamentariern besetzt werden, und zwar das Finanzministerium, wenn Dr. Dorn nicht ermächtigt werden sollte, es in der neuen Regierung zu behalten, mit dem früheren preussischen Finanzminister Samisch, das Wirtschaftsministerium mit dem Direktor der Deutschen Werke Heinrich. Alle demokratischen Minister, die dem Kabinett Ebert angehört, sollen ausbleiben. Die neue Regierung werde voraussichtlich am Donnerstag vor dem Reichstag treten, um ihre parlamentarische Erklärung abzugeben. Man hoffe, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei dem Kabinett Cuno keine allzu großen Schwierigkeiten machen und es zunächst tolerieren werde.

Die Demokraten gegen Reichstagsauflösung.

Berlin, 20. Nov. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer Nachmittags-Sitzung die Meinung ausgedrückt, daß der Gedanke einer Reichstagsauflösung sehr nicht zur Erörterung gestellt werden könne. Zu der Möglichkeit des überparteilichen bürgerlichen Mittelkabinetts wird der sozialistisch orientierten Debatte von unternommen Seite angegeben, daß, da die Vereinigten

Sozialdemokraten und die Kommunisten dagegen sein würden, das Kabinett etwa 195 Stimmen gegen sich und die etwa 197 Stimmen des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und der bairischen Volkspartei für sich hätte. Das Zentrum an der Spitze bildeten dann die Deutschnationalen. Schwierigkeiten hätten aber sofort entstehen, wenn die aus Paris erwartete Note eintreffe, der die Deutschnationalen nicht zustimmen könnten. Darüber könnte das Kabinett bereits kurz. Aus diesem Grunde sei man im Zentrum auch sehr skeptisch und wolle nur aufklimmen, wenn kein anderer Weg offen bleibe. Einen gewissen Anstoß findet auch die Ansicht, daß die Auflösung des Reichstages schließlich den einzigen Ausweg aus der jetzigen Situation darstellte könnte, und man glaube, daß Cuno, falls ihm die Lösung der Aufgabe nicht gelingt, dem Reichspräsidenten einen dahingehenden Vorschlag machen dürfte.

Die Stellung der deutschnationalen Fraktion zum kommenden Kabinett.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Nov. Die deutschnationale Fraktion war heute kurz vor der Plenarsitzung des Reichstages versammelt. Die Zielsetzung der deutschnationalen zu dem kommenden Kabinett wird natürlich von dessen Zusammenfassung abhängen. Mit dem neuen Kabinett darf mit sozialdemokratischen Elementen durchgerechnet, so kann die Haltung der Partei ihm gegenüber keine andere sein, als die bisherige. Selbstverständlich ist, daß andererseits die deutschnationale Partei ein rein bürgerliches Ministerium willkommen heißen würde. Immerhin hängt natürlich alles von dem Programm der zukünftigen Regierung ab.

Für den Fall, daß es dem Geheimrat Cuno nicht gelingen sollte, ein Kabinett zusammenzubringen, war heute wieder davon die Rede, daß der Reichspräsident Dr. Ebert ein Kabinett mit der Kabinettsbildung beauftragen würde.

Eine Mahnung der sächsischen Industriellen.

Der Verband sächsischer Industrieller hat folgendes Telegramm an die bürgerlichen Reichstagsfraktionen gerichtet:

Die sächsische Industrie erwartet die jähe und unbedingte Beendigung der letzten politischen Krise, die das deutsche Wirtschaftsleben zur denkbar unangenehmsten Zeit betroffen hat und dringend notwendige wirtschaftliche Entscheidungen unheilvoll verzögert. Alles kommt darauf an, zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Wahrung im Reich zunächst selbst einen stabilen Kurs einzuschlagen, Männer zu berufen, die Vertrauen im Ausland besitzen, die auf Grund ihrer Erfahrungen und Leistungen Wirtschaftskrisen unter ardenen Gesichtspunkten zu behandeln und diesen Zielen alle Kräfte des Volkes gemeinsam dienlich zu machen wissen. Wir bitten die Parteien des Reichstages, in der schweren Not des Vaterlandes an diesem Werke mitanzuhelfen und zwar rasch.

Das Ergebnis der oberschlesischen Nachwahlen zum Reichstag

Wahltag der bürgerlichen Parteien.

Berlin, 20. Nov. Am Sonntag fanden in Oberschlesien die Nachwahlen zum Reichstag und preussischen Landtag, sowie die Wahlen zum Provinziallandtag statt. Nachdem die ober-schlesische katholische Volkspartei ihre Wahlvorschlüsse zurückgezogen hatte, waren an den Wahlen nur noch acht Parteien beteiligt. Nach amtlicher Feststellung ist das Ergebnis der gestrigen Wahlen in Oberschlesien folgendes: Von 747 339 Wahlberechtigten wurden 500 707 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Demokraten 11 912, die Sozialdemokraten 73 260, das Zentrum 199 246, die Deutschnationalen 69 338, die Deutsche Volkspartei 87 260, die Deutschsozialen 22 191, die Kommunisten 33 924, die Polen 50 183 und die ober-schlesische katholische Volkspartei 20 000 Stimmen. Bei den Januar-Wahlen 1919 wurden in dem nunmehr deutsch gebliebenen Teile Oberschlesiens für die fünf am Wahlkampf beteiligten Parteien an Stimmen abgegeben für das Zentrum 290 000, für die Mehrheitssozialdemokraten 144 000, für die Unabhängigen 18 000, für die Demokraten 31 000, für die Deutschnationalen 31 000.

Die neuen Fraktionsstärken im Reichstag.

Berlin, 20. Nov. Infolge der Wahlen in Oberschlesien geht die Zahl der Reichstagsmitglieder von bisher 469 auf 459 zurück. Diese verteilen sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Vereinigte Sozialistische Partei 173, Zentrum 68, Deutschnationale Volkspartei 67, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche Demokratische Partei 59, bairische Volkspartei 20, Kommunisten 15, bairischer Bauernbund 4, Deutschsozialistische Gruppe 3, Deutschhannoversche Landespartei 2. In keiner Partei gehörig (Wedebour und Wegmann); zusammen 459. (W. T. V.)

Gemeindevahl-Ergebnisse in Westdeutschland.

Osnabrück a. W., 20. Nov. Die Wahlergebnisse der Stadtverordnetenwahlen ergaben für die Deutsche Volkspartei 6 Sitze, Zentrum 5 Sitze, Haus- und Grundbesitzerliste 4 Sitze, Sozialdemokraten 20 Sitze, Demokraten 8 Sitze, Kommunisten 7 Sitze, Deutschnationalen 3 Sitze. — In Worms erhielten die Sozialdemokraten 14 statt 18 Sitze, die Kommunisten zum ersten Male 8 Sitze, die Demokraten 3 statt 5 Sitze, das Zentrum 5 statt 6 Sitze, die Deutsche Volkspartei 15 statt 12 Sitze, die Deutschnationalen zum ersten

Male 2 Sitze. Das Wahlergebnis bedeutet eine geringe Schwankung nach rechts.

Darmstadt, 20. Nov. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der hiesigen Stadtverordnetenwahlen entfielen auf die Deutschnationale Volkspartei 6 Sitze (bisher 3), die Dringewerke- und Handwerkervereinsgruppe 3 (4), die Deutsche Volkspartei 3 (17), das Zentrum 3 (4), Mittelstand 0 (6), die Deutsche Demokratische Partei 5 (11), die Vereinigte Sozialdemokratie 20 (21) und die Kommunisten 3 (1). (W. T. V.)

Mainz, 20. Nov. Bei den gestrigen Stadtverordneten-, Kreis- und Provinziallandtagswahlen ergab sich in Mainz und Worms eine beträchtliche Zunahme der Stimmen der Reichsparteien, die eine Anzahl Sitze gewonnen, die den Sozialdemokraten und teilweise den Demokraten verloren gingen. (W. T. V.)

Die Bedrohung der freien Religionsübung in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Nov. Nachdem der Landtag durch Weisung beschlossen hat, den Wahrung seines Charakters als staatlich anerkannter Feiertag zu entscheiden, fordert sowohl die evangelische Kirche wie der evangelische Landes-Eternbund ihre Kinder auf, ihre Kinder am Wahrung nicht in die Schule zu schicken. Das Staats- und Presseamt droht nun, daß Schüler höherer Lehranstalten, die am Wahrung nicht zur Schule kommen, von den höheren Lehranstalten des Landes ausgeschlossen werden würden, und daß gegen die Schüler der Volksschulen mit den Strafverfügungen des Landes-Eternbundes verfahren würde. Der Landes-Eternbund hat sich in letzter Stunde telegraphisch an das Reichsministerium des Innern gewandt. Das Reichsministerium des Innern hat darauf an das braunschweigische Ministerium ein Schreiben gerichtet, in dem es davor warnt, gegen Lehrer und Schüler vorzugehen, die in Erfüllung ihrer religiösen Pflichten der Schule fernbleiben.

Dollar (Amtlich): 6775
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 6470

Unzulänglichkeiten des deutschen Parlamentarismus.

Wer die Kurzbewegung der ausländischen Zahlungsmittel in der abgelaufenen Woche näher verfolgt hat, konnte eine ebenso interessante wie lehrreiche Erscheinung feststellen, deren Kern darin bestand, daß trotz mehrfach vorhandener Gründe zur Steigerung der Devisenwerte und zur entsprechenden Herabdrückung der Mark der deutsche Markkurs sich ziemlich fest behauptete, weil das Erscheinen des Geheimrats Cuno auf der politischen Bildfläche allgemein der Hoffnung auf eine Besserung der innerpolitischen Lage einen Schwung nach oben gab. An sich war Anlaß genug zum Optimismus vorhanden. Der Reichsbankausweis brachte zwei fatale Ueberraschungen: den Rekord des Notenumlaufs in Höhe von 517 Milliarden Mark und das Anwachsen der schwebenden Schuld des Reiches auf 684 Milliarden; dazu kam eine Diskont-Erhöhung auf 10 Pro. Nimmt man hinzu den Rücktritt der Reichsregierung und die Drohrede Poincarés, so hätte man nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung einen weiteren merklichen Sturz der Mark erwarten dürfen. Alle diese Momente aber, die bei alleiniger Wirkung einen steigenden Einfluß auf dem Devisenmarkt hätten hervorrufen müssen, konnten sich nicht voll zur Geltung bringen, erhielten vielmehr ein starkes Gegengewicht in der Beibehaltung des Vertrauens auf eine Erleichterung der deutschen Lage im Innern sowohl wie nach außen hin, wie es mit dem Auftreten des Geheimrats Cuno verknüpft war. Infolgedessen wurden die berufsmäßige Spekulation ebenso wie das Devisenhandwerk unfruchtbar; beide „befruchteten“ eine nicht bloß ganz vorübergehende Besserung der Mark und waren, ängstlich gemacht, einen Teil ihrer Devisenbestände auf den Markt. Und die Moral von der Geschichte? Sie ist wert, daß das nationale deutsche Empfinden sich recht tief ins Bewußtsein prägt. Wenn wir im Innern völlig einig sind, wenn wir den ungeliebten Parteihader an den Nagel hängen und endlich eine Volksgemeinschaft, eine einheitliche Abwehrfront ohne Unterschied der Partei gegen die Bedrückungen durch die Entente und zur Revision des Versailles-Vertrages errichten, wenn wir einer Regierung den Weg ebnen, die sich zuverlässig auf eine solche geschlossene vaterländische Volksgemeinschaft stützen kann, dann wird in dieser Neuinstellung im Innern eine Grundlage gegeben sein, auf der sich schon an und für sich eine gewisse Stabilisierung der Mark automatisch vollzieht und auf der dann die sonstigen zur Vollendung des Stabilisierungsprozesses nötigen Maßnahmen ruhig und zielicher aufgebaut werden können. Sobald das Ausland erkennt, daß wir ernstlich gewillt sind, eine verlässliche, von Parteierkämpfung freie Außenpolitik unter Führung der industriellen Schaffenskräfte zu betreiben, wird man uns das Vertrauen zu unserer Kreditwürdigkeit, das als moralischer Faktor für die Stabilisierung des Marktes unentbehrlich ist, nicht länger vorenthalten. Die Kurzbewegung der verflochtenen Woche bot einen Vorgeschmack dieser Entwicklung.

Nun galt es für die deutsche Parteipolitik, in einem für das Wohl der Nation entscheidenden Augenblick die Feuertaube auf politische Einsicht und Opferfreudigkeit zu bestehen. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Reparationskommission sollen geradezu entsetzt gewesen sein über den Mangel an Energie, Umfaßt und Entschlossenheit, den die von Dr. Ebert geleitete frühere Reichsregierung in der schicksalsschweren Reparationsfrage an den Tag gelegt habe. Diese Scharte hätte nun durch die Parteien abgewetzt werden müssen, indem sie alles daran setzten, um dem Geheimrat Cuno seine Aufgabe in jeder Hinsicht zu erleichtern und ihm einen raschen, glatten, für das Innere und das Ausland gleichmäßig impotanten Erfolg zu ermöglichen. Es kam aber anders. Der neugeborene deutsche Parlamentarismus blieb sich auch in dieser schweren Krise, die ein rasches Verhängnis für die nationalen Notwendigkeiten von ihm forderte, treuen und bewies durch sein Festhalten an schlechten Gewohnheiten, daß ihm die Erkenntnis des wahren parlamentarischen Geistes noch immer nicht richtig aufgegangen ist, daß ihm das parlamentarische Gewand, das den fremden Demokratien auf den Leib angezogen ist, noch immer nicht recht passen will, sondern daß es ihm um die Glieder klappert und ihn an der freien ungezwungenen Bewegung in dem noch nicht lange getragenen Kostüm hindert. Zwei hervorsteckende Mängel sind es, die dem deutschen Parlamentarismus anhaften: einmal der irrtümliche Glaube, daß auf den Ministerielle immer ausgerechnet abgehempelte Parteipolitiker sitzen müßten, und zum andern die verhängnisvolle Neigung, bei der Neubildung eines Kabinetts die Nase in jeden Quark zu stecken und sich der vom Reichspräsidenten zur Zusammenfassung der Regierung berufenen Persönlichkeit so eng an die Fersen zu heften, daß sie jeder freien Bewegung beraubt wird und sich ihre Mitarbeiter nicht nach freiem Ermessen auswählen kann, sondern sie sich von Partei wegen aufzwingen lassen muß. Das ist ein Verfahren, das mit wirklichem Parlamentarismus gar nichts zu tun hat, sondern in parteipolitische Willkür ausartet. Der Staatsmann, der sein Kabinett zusammenstellen soll, muß, wie das sonst in allen demokratisch regierten Ländern mit parlamentarischer Schulung üblich ist, in der Auswahl seiner Mitarbeiter un-

bedeutet sein, unbeschadet einer Maßnahme mit den Parteien, die aber nicht dazu führen darf, daß der Kabinettpräsident die Leitung aus der Hand gibt und sich zu bloßen Teilhabern der Parteibewegungen herabdrückt. Er kann verlangen, daß ihm vom Parlament von vornherein so viel Vertrauen entgegengebracht wird, um auf allen Seiten die Überzeugung herbeizuführen zu lassen, daß er bei der Auswahl seiner Minister das Moment eines harmonischen Verständnisses zwischen Regierung und Volksvertretung annehmend berücksichtigen werde; weiß er doch genau, daß sein Kabinett im ganzen wie im einzelnen verfassungsmäßig von dem Vertrauen der Parlamentsmehrheit getragen sein muß. Wenn er dann die von ihm gebildete Regierung dem Parlament vorstellt, ist es Sache der Parteien, alles genau unter die kritische Lupe zu nehmen und sich schuldig zu machen, daß das Kabinett Briefe und Slogans für seine Unfähigkeit durch die Mehrheit erhalten soll.

Das ist die richtige parlamentarische Methode, und Geheimrat Cuno, dessen früher nationaler Idealismus noch ungebrochen und in der parteipolitischen Drogenidee noch nicht abgetrieben ist, glaubte, daß er sich so würde betätigen können. In einem Punkte gelang es ihm ja auch ohne alle große Hindernisse, die Parteien zu seiner Anschauung zu bekehren, indem er die Zustimmung zu seinem Kabinett der Arbeit gründlich erlangte. Bei der Auswahl der Minister im einzelnen aber gewann die Hilfe der Parteien, sich dem Kabinettpräsidenten an die Hand zu legen, wieder in so hohem Maße die Überhand, daß Geheimrat Cuno schließlich die Geduld verlor, die Aushandlungen mit einem derben Knüttel von sich abzuweisen und an den Reichspräsidenten ein Schreiben richtete, das im Reichstage an einer allgemein sichtbaren Stelle auszuhängen zu werden verdient, damit es allen Parteien als Richtschnur für ein dem Sinne und Geiste des wahren Parlamentarismus entsprechendes Verhalten dienen kann. Die beiden markanten Stellen des Schreibens enthalten die kritische Forderung, daß die Auswahl der Minister und der Reichspräsident dem Ermessen des Reichspräsidenten überlassen bleibt, dem der Auftrag zur Bildung des Kabinetts übertragen worden ist, und daß die Parteien nur allgemeine Anregungen und Wünsche vorbringen, aber

den verantwortlichen Leiter nicht mit Summationen befehlen dürfen, welche die Zahl der einer Partei zu entziehenden Kabinettmitgliedern, deren Person, deren Ressort, sowie die Frage betreffen, ob ein Mitglied des bisherigen Kabinetts ein Amt übernehmen solle. Es ist mit größter Verachtung als ein Mittel zur Entwürdigung der Lage und zur Feststellung der Verantwortlichkeiten zu begrüßen, daß endlich einmal eine autoritative, dem Parteigetriebe entrückte und von der höchsten Rinnvaterländischen Gemeinnut und unteiligen Persönlichkeit wie Geheimrat Cuno, die allseitige uneingeschränkte Achtung genießt, dem Parteibonzenium mit der Fackel der Wahrheit unerschrocken ins Gesicht geschleudert und die Gemeinnützigkeit dieses blühen Gewächses in helles Licht gerückt hat. Öffentlich blüht es nun auch. Alle Parteien, soweit sie für die große Reaktion in Betracht kommen, haben mehr oder weniger an den von Geheimrat Cuno angeführten parlamentarischen Unzulänglichkeiten mit teilgenommen und sie müssen sich daher auch alle nettrossen lassen. Vor allem darf aber auch die Sozialdemokratie sich nicht so stellen, als ob sie allein berechtigt wäre, sich die Hände in voller Unschuld zu waschen, wie es der „Vorwärts“ tut, wenn er erklärt, daß die Hindernisse, die dem Gelingen des Cunoschen Werkes im Wege ständen, „bei der Sozialdemokratie gewiß nicht zu suchen seien“. Das ist denn doch etwas gar zu starker Tabak angesichts der offenkundigen Tatsache, daß gerade die harrsinnige sozialdemokratische Regierung, mit der Volkspartei aus einer Schüssel zu essen, und die groteske Vorkammer der Parteileitung, als wenn die Volkspartei der Vorkammer in selbstloser Person wäre, hauptsächlich zu dem bisherigen Mißerfolg der Cunoschen Mission beigetragen haben. Wenn die Entwürdigung eines solenne Verlaufs angenommen hätte, müßte die Einheitlichkeit des nationalen Willens, die hinter der letzten deutschen Note an die Reparationskommission gestanden hat, auch bei der Regierungsbildung in Erscheinung getreten sein. Gestagt es nicht, dieses Ziel wenigstens halbwegs zu erreichen, so darf der Parlamentarismus sich nicht wundern, wenn er in der Bevölkerung noch mehr an Boden und Vertrauen verliert, als er bisher durch sein kurzfristiges Verhalten bereits eingebüßt hat.

Ein Auslandsdeutscher über die deutschfreundliche Stimmung in Spanien.

Brief eines deutschen Banksturmanns an seinen einjährigen Knabensohn.

Das folgende Schreiben aus Madrid gewährt einen interessanten Einblick in die deutschfreundliche Stimmung Spaniens und bietet zugleich einen erhellenden Beweis dafür, wie herzlich gemeint das Verhältnis zwischen Deutschen und Uniergebenen im Kriege gewesen ist. Es heißt in dem Bericht:

„Sehr geehrter Herr Oberst! Ihr herzliches Schreiben verführte mich mit tiefem Wehmut des Dankes und war mir ein Beweis dafür, daß es im deutschen Ozean Beziehungen zwischen Deutschen und Uniergebenen gab, die man in angenehmer Erinnerung fürs Leben behält, und die nichts zu schaffen haben mit dem Geiste der Ruchlosigkeit breiter verheerter Massen. Kein deutschföhriger Mann, der mit sich ehrlich sein will, kann sich der Überzeugung verschließen, daß es nur die Disziplin und die straffe Erziehung sein kann, die solche Ozeane ankommen- und leistungsfähig erhält. Und zweifellos würden diejenigen Elemente, die nach dem verlorenen Kriege nach Bekehrung aus der militärischen Zwangslage am lauteften schrien, in der Uniform des Vorkrieges nicht die besten gewesen sein. — Heute haben sie die „Freiheit“, die goldene, von Feindes Gnade. Ich bin sicher, es sind ihrer Millionen, die wieder in einen Tausch gegen die früheren Verhältnisse eingehen würden, wenn es jetzt nicht zu spät wäre. War die vermeintlich harte Kriegszeit nicht eine goldene gegen heutiges deutsches Gend? Seit Sie, Herr Oberst, mir Ihren herzlichsten Brief vor zwei Jahren schrieben, wie tief laut Deutschland inzwischen noch? Wird es heute den Tiefstand erreicht haben, oder wohlhin werden wir noch kommen? Nach meiner Überzeugung haben wir von keiner Seite Besseres zu erwarten, wir helfen in der Welt allein da und sind auf uns selbst angewiesen. Mein alter Vater arbeitete über 50 Jahre lang vom grauen Morgen bis in die Nacht, bis ihm sozusagen der Hammer aus der Hand fiel. Er verkaufte das ererbte Fabrikunternehmen vor einigen Jahren um einen Preis, der ihm seinen Lebensabend zu sichern schien. Was ist heute? Die Eltern sind in Not und auf die Unterstützung der Kinder angewiesen, weil das, was sie besitzen, nicht mehr Geld, sondern Papier ist, das kaum einen Schimmer von Wert hat! Und ich selber stehe mit dem deutschen Gend. Was unter Deutscher laute man Kriegsangelegenheiten, die heute noch weniger als das deutsche Scheitern wert sind, und lange von vorne wieder an. Ich war vor dem Kriege schon zehn Jahre lang im Ausland und bin jetzt schon wieder über zwei Jahre in Spanien und bin glücklich, die armen Krieger mit meinen spanischen Geldern zu unterstützen. Ich habe die Hoffnung auf die bessere Zeit, die freilich die Krieger kaum noch erleben werden, nicht auf.“

Was uns im Auslande die Achtung erhält, ist die deutsche Arbeit, das deutsche Wissen und Können, das uns die Feinde nicht zertrümmern konnten, und das uns früher oder später wieder hochbringen muß. Ich habe viele spanische Freunde, die teilweise vor dem Kriege schon in Deutschland waren, andere, die sich durch ihre hohe Kultur nach dem Kriege eine Stelle durch Deutschland mit Leiblichkeit leisten konnten. Es ist eine Freude, festzustellen, daß alle diese Leute vom deutschen Vaterlande eine höhere Meinung haben, als viele Deutsche selbst. An dieser Tatsache kann man sich aufrechten. Was allein hält den Franzosen in Waffen? Die Furcht vor den Deutschen. Und die Achtung vor dem Deutschen ist heute Gemeingut jedes denkenden Spaniers, vom König angefangen. Der König Alfonso hielt vor einigen Monaten in Barcelona anlässlich eines Transportes nach Afrika an seine Offiziere eine Anrede, die für ihn und sein Offizierskorps die deutsche Disziplin und deutsche Organisation zum Modell an ihm nehmen ließ. Er sprach nicht so wie die Wehrmacht um ihn herum, die mit der großen Erde leben und die auf der militärischen Zertrümmerung Preußens ein Urteil auf deutsches Wesen und deutschen Geist abließen; es sei gefährlich, sich diesen Täuschungen hinzugeben. Darob natürlich wildes Geschrei in den Pariser Boulevardblättern und Rauner-Interpellationen seitens der Deputierten aus den katalanischen Provinzen; das alles kann man nicht irremachen. Tak er diese Rede nun gerade in Barcelona, der Hauptstadt des immer mit Frankreich marschierenden Katalonien, hielt, gibt der Sache besonderes Gewicht. Die Kritikerfreude des Landes sind in der großen Ueberzahl preußisch, die führende Presse Madrids geht mit uns durch die und dann. Der Franzose von heute, der sein Pariser Blatt auf der Straße so auffällig liest, daß man ihn keine und ihm als dem Kulturbringer und Kämpfer für die Freiheit die erwartete Hochachtung zollt, ist unbewußt das Objekt der Vöherlichkeit weiterer Schicksale.

Die Spanier würden eine deutsche Regierung gern an der Spitze sehen, die einmal Rein sagt, die den Wahn der Erfüllung des Versailler Vertrages aufgibt. Sie verstehen es nicht recht, daß der Deutsche sich so lange am Spielball eines Poincaré herabläßt. Eine andere Richtung, wenn gleich sie auch augenblickliche Vermittlungen mit sich brächte, könnte uns nicht tiefer ins Gend bringen, als wir es heute sind, aber das wäre unbedingt der erste Schritt einer Wiedergeburt. Hoffen wir, daß der Deutsche sich endlich auf sich selbst bekennt.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr Oberst, auch lange Zeit nichts von mir gehört haben, möchte ich das im Felde Erlebte doch mitteilen. Die Zeit, während deren ich unter Ihrem Schutze dem Vaterlande einen wehrhaften Fleck im Felde leisten konnte, bleibt für mich fürs Leben eine ehrende Erinnerung.“

Der Böhmerbund drängt auf Beschleunigung des österreichischen Programms.

Wien, 20. Nov. Die provisorische Delegation des Böhmerbundes richtete heute an den Bundeskanzler ein Schreiben, in dem sie betonte, daß die Verzögerung der Diskussionen über das Wiederaufbauprogramm der Regierung, sowie über die nach der Wiener Vereinbarung zu erteilenden Vorschläge die Gefahr heraufbeschwören könnte, daß die Beschleunigung der fremden Parlamente über die ihnen vorgelegten Garantieforderungen bis über die letzte Sitzung der Parlamente in diesem Jahre hinaus verschoben werden könnte. Dies könnte die Vorbereitungen und die Verwirklichung der Anleihe schwer gefährden. Insbesondere könnte nach Londoner Nachrichten das Garantiefonds nur dann in parlamentarischer Verhandlung gezogen werden, wenn es vor dem 27. November im Unterhause eingebracht würde. In dem Bestreben, die schweren Gefahren einer bezweifelten Verzögerung zu vermeiden, erklärten die Delegierten in kräftiger Weise, die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf die Notwendigkeit zu lenken, den interstellären Regierungen die im Protokoll 3 vorgezeichneten Gesetze bis zum 26. November mitzuteilen. (W. Z. B.)

Spaltung der bayerischen Mittelpartei?

München, 20. Nov. Zu der Kritik in der bayerischen Mittelpartei meldet die „Münchener Post“ aus Nürnberg, daß der am 18. November in Nürnberg abgehaltene Parteitag zu keiner Einigung gelangt hat. Es seien im Wesentlichen die Gegensätze zwischen den südbayerischen Gruppen und der Parteileitung immer stärker zutage getreten. Das habe schließlich die endgültige Trennung beider Richtungen bewirkt. (W. Z. B.)

Nachorganisation für den Mittelstand.

Berlin, 20. Nov. Die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes hat eine Entschliessung angenommen, die u. a. die Einführung einer Flickorganisation für den gesamten deutschen Mittelstand fordert. Heute und morgen findet die Aussprache über die weiteren organisatorischen Beschlüsse in nichtöffentlichen Sitzungen statt.

Der Beginn der Orient-Friedenskonferenz.

Die Eröffnungssitzung in Lausanne.

Lausanne, 20. Nov. Bei der Eröffnung der Konferenz hielt der Bundespräsident der Schweizlichen Eidgenossenschaft Bundesrat Daub eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Was die Vorbereitung des Lausanner Friedens war, die Europa und das anzureichende Asien seit einem Jahrzehnt heimlich. An banger Sorge, aber auch voll Vertrauen, werden in den kommenden Wochen die Augen der Menschheit nach dem Meer des Genfer Sees gerichtet sein. Das Wohl und Wehe von Völkern und Völkern ist in ihre Hände gelegt. Unendlich groß ist ihre Verantwortlichkeit. Unendlich schwer ist ihre Aufgabe. Denn Sie sind berufen, Probleme zu lösen, deren Wurzel weit in vergangene Jahrhunderte zurückreicht. Ich fühle mich in dieser Stunde einsam mit Millionen von Menschen, wenn ich nochmals dem heiligen Worte verleihe, daß es, wenn wir über ein kurz- und weitsichtiges Handeln, auf der ganzen Welt Wahrheit werden. Wir werden auf Erden.“

Nach dem Bundespräsidenten Daub ergriff Lord Curzon

das Wort und sagte, er hoffe, daß dies die letzte aller Friedenskonferenzen sein möge. Er sprach gewiss im Namen aller Delegierten, auf jeden Fall aber im Namen der englischen, wenn er erklärte, daß keine Vermittlungen zu groß seien, um den Frieden im Orient herbeizuführen und den Frieden der Welt zu sichern.

Als dritter Redner sprach

Joseph Pascha.

Er führte aus, daß der Balkanstaat, der vor mehr als vier Jahren auf dem Lausanner Vertrag an die Weltöffentlichkeit gebracht wurde, nicht die Friedenskonferenz ein Ende gemacht habe, und fuhr fort: Da der Türkei keine andere Hoffnung und kein anderer Weg blieb, verteilte sie sich über die Existenz und Freiheit der Unabhängigkeit durch ihre eigenen moralischen und materiellen Hilfsmittel. Sie ergab dabei schiffliche Verluste und brachte asiatische Opfer, denen alle freien Völker ihre Sympathie nicht verweigern werden. Alle Tugenden trugen in diesem Verlebenskampf bei. Dadurch, daß sie die unermesslichen Opfer gebracht habe, hat die Türkei ihren Platz in der Kulturwelt mit allen Rechten auf ihre Existenz und Unabhängigkeit erobert. Rechte, die jedes lebensfähige Volk besitzt, vor allem die Rechte auf Arbeit und Freiheit. Das höchste Ziel der großen Nationalversammlung der Türkei ist, diese Stellung zu wahren und zu festigen. Joseph Pascha schloß mit dem Dank der türkischen Nationalversammlung an die Schweiz für ihre Gastfreundschaft.

Darauf folgte Bundespräsident Daub die Eröffnungssitzung, indem er die Konferenz einleitete, ihre Beratungen am Dienstag vormittag im Chateau d'Albi fortzusetzen. (W. Z. B.)

Die Friedensbedingungen der Alliierten.

Paris, 20. Nov. „Chicago Tribune“ sagt die voraussetzlichen Friedensbedingungen an, wie sie nach der Pariser Konferenz vom Sonnabend mit Mussolini noch endgültig festgelegt und den Tugenden dann vorgelegt werden sollten, wie folgt zusammen:

1. Unbedingte Sicherheit der Freiheit der Meere in Arica, Ägypten und im Mittelmeer. Entmilitarisierte Zone längs der Dardanellen.
2. Die Alliierten erlauben militärische und maritime Zwangsmaßnahmen, wenn die Tugenden es ablehnen, die Friedensbedingungen anzunehmen. Armataische und islamische Truppen sollen Verwendung finden.
3. Die Alliierten besetzen Konstantinopel und die neutrale Zone in Kleinasien, bis der Friedensvertrag von allen alliierten Parlamenten ratifiziert ist.
4. Die Kapitulationen werden abgeschlossen, jedoch unter anderem Namen im wesentlichen annehmbar.

Ein Besuch Morgans in Berlin?

Paris, 20. Nov. Während der abgelaufenen Woche haben sich mehrere der internationalen Finanzfachleute, die an den Berliner Beratungen beteiligt waren, in Paris aufgehalten, wo auch Besprechungen mit Victor Morgans stattgefunden haben. Morgans konferierte in erster Linie mit dem amerikanischen Sachverständigen Professor Fentz, der das eine der beiden Gutachten, die der deutschen Regierung und von ihrer der Reparationskommission vorgelegt wurden, mit unterzeichnet hat. Angeblich beabsichtigt Morgans, in den nächsten Tagen zu kurzem Aufenthalt nach Berlin zu kommen, um sich hier über die Voraussetzungen der Stabilisierungsdarlehen zu unterrichten, die das Garantiefonds vielleicht unter seiner Führung in die Hand nehmen würde. Der Wiederaufbau des Kabinetts dürfte dieser Zeit aber kaum erfolgen.

Das angebliche Reparationsangebot der deutschen Industriellen.

Paris, 20. Nov. „Journal des Debats“ schreibt, offenbar von der Reparationskommission veranlaßt, zu einer Berliner Mitteilung des „Daily Telegraph“ über ein Reparationsangebot der deutschen Industrie durch Vermittlung von Staatssekretär Bergmann: Von zwei gewissen Wittern verbreiteten Gerüchten, die deutschen Industriellen hätten den Plan in Erwägung gezogen, für die endgültige Regelung der Reparationen und die Rüchmung der Rheinlande 20 Milliarden Goldmark zu zahlen, liegt ein bestimmtes Angebot nicht vor. Die Reparationskommission weiß nichts darüber und ist mit nichts befaßt worden. Aber es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Plan in ge-

5. Das palästinische, das irische und das mesopotamische Mandat, einschließlich der Petroleumfelder von Mosul, bleiben bestehen.

6. Alle Korruptionen, die in der Welt vor dem Kriege von türkischen Agenten begangen wurden, müssen aufrechterhalten bleiben, ausgenommen die Korruptionen in Deutschland. (W. Z. B.)

7. Der Waffenstillstand von Mudania bleibt in Kraft bis zur Ratifizierung des Friedens.

8. Sämtliche alliierte Militärtribunale müssen für immer an die alliierten Nationen abgetreten werden.

9. Der Dodekanes bleibt unter italienischer Kontrolle, bis die alliierten Mächte untereinander darüber verüht haben.

10. Die türkische Truppenzahl wird eingeschränkt und in Europa ausschließlich auf Freiwillige beschränkt.

11. Sämtliche alliierte Militärtribunale unter Ueberwachung alliierter Offiziere.

12. Erlaß des Schandens an Eigentum alliierter Staatsangehöriger infolge des Krieges.

13. Keine Ansprüche an Griechenland wegen Kriegsschädigungen. (W. Z. B.)

Die Vorkonferenzen der Alliierten.

Cuba, 20. Nov. Die Besprechungen zwischen Poincaré, Lord Curzon und Mussolini wurden heute vormittag fortgesetzt und dauerten drei Stunden. Nach ihrem Abschluß wurde folgende amtliche Mitteilung ausgereicht: Die Herren Poincaré, Lord Curzon und Mussolini haben am Montag vormittag in gleichzeitiger Weise der Versammlung den Meinungsäußerung abgelesen, den sie am Sonntag angenommen haben. Sie beschlössen sich auch mit Fragen, die auf die Verhandlungen der Konferenz und deren Geschäftsreglement Bezug haben. (W. Z. B.)

Loch nicht so einig?

Mussolini will die Reparationsfrage ausrichten. (Eigenes Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)

Paris, 20. Nov. Der Optimismus, der heute morgen nach der gestrigen Konferenz von Territet herrschte, und der sich besonders auf das amtliche Communiqué stützte, ist nach dem, was über die heutige Vermittlungsbesprechung zwischen den alliierten Ministern durchgefallen ist, ziemlich verflüchtigt. In der heutigen Morgenkonferenz hat Mussolini einige Vorschläge gemacht und hat insbesondere die italienischen Ansprüche auf den Dodekanes bekräftigt. Die französische Delegation zeigte sich über das italienische Programm einigermassen betroffen. Mussolini beharrte auf, in Paris auch die Reparationsfrage anzuschneiden und hat hierauf ein vollkommen ausgearbeitetes Programm vorgebracht.

Paris, 20. Nov. Am Montag vormittag ist Genélos hier eingetroffen. (W. Z. B.)

Nefta Wohnlich des geflüchteten Sultans?

London, 20. Nov. „Times“ meldet aus Cairo, der König von Hedjaz habe den Sultan eingeladen, seinen Wohnsitz in Nefta zu nehmen. (W. Z. B.)

Die englischen Pläne, durch Unterhügung des geflüchteten Sultans und Kollisen die Mohammedaner zu spalten und den Tugenden Schwächen zu bereiten, sind recht durchsichtig. Man rechnet annehmend damit, daß eine große Zahl von Mohammedanern dem von der Oberhaupt des Islam militärischen abgetrennten Kollisen als dem Oberhaupt des Islam die Treue bewahren wird, um so mehr, wenn er seinen Sitz an der geschäftlichen Seite des Islam nimmt.

London, 20. Nov. „Times“ meldet aus Konstantinopel, die türkischen Minister hätten die Macht des Sultans als unbedeutende Episode hin. Der Sultan sei eine unbedeutende Persönlichkeit, ein Krügel und Herrscher gewiesen. Die britischen Beschlüsse werden wider Erwarten nicht befürchtigt, den Sultan gewalttätig entführt zu haben. (W. Z. B.)

wissen deutschen Industriekreisen, die seit einiger Zeit davon sprechen, behandelt wurde. — Staatssekretär Bergmann hat den Pariser Bericht des W. Z. B. beantragt, die Nachricht des „Daily Telegraph“ zu dementieren.

Sündenböcke für den Frankensurz.

Paris, 20. Nov. „Chicago Tribune“ gibt ein Gerücht wieder, nach dem mehrere ausländische Bankiers in Paris von den französischen Gerichten wegen angeblich unerlaubter Handlungen auf dem Wechselsmarkt zur Verantwortung gezogen werden sollten. Es wird ihnen der Einbruch der Franken vor einigen Tagen angelastet. Der Polizeipräsident hat mit dem Finanzminister darüber verhandelt. Es verlautet, daß Verhaftungen bevorstünden.

Plünderungen in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Nov. Nach einer Verammlung auf dem Dagewerk von in den Abendstunden ein größerer Trupp mehr lüngerer kommunistischer Elemente durch die Straßen vor Lebensmittel- und andere Geschäfte, offenbar in der Absicht, Gewalttätigkeiten zu begehen. In einem Lebensmittelgeschäft wurde die Fensterröhre eingeschlagen und die Auslagen zum Teil zertrümmert. Durch schnelle Eingreifen der Polizei, die die Menge in Schach hielt, konnten größere Ausschreitungen verhindert werden.

Ein Opfer der Presse.

Berlin, 20. Nov. Die in Marburg erscheinende demokratische „Heftige Landeszeitung“ heißt am 1. Dezember ihr Erscheinen ein.

Beschlussfähigkeit des Reichstages.

Druckmeldung unserer Berliner Korrespondenz. Berlin, 20. Nov. Die Regierung ist und bleibt...

Die Geschäftsordnung des Reichstages

bei dem Paragraphen fortgesetzt, der die Behandlung der Vorlagen betrifft.

Abs. Eberling (D. Vp.) erklärt, dass nach der ganzen Struktur des Reichstages dieser kein solches Beschlussrecht haben dürfe.

Infolge Beschlussfähigkeit wurde schließlich die ganz abweisende allgemeine Aufmerksamkeit vor sich gehende Sitzung abgebrochen.

Die Kohlenwirtschaft

als Faktor der deutschen Zahlungsbilanz.

An der Nummer des „Bank-Archiv“ vom 15. November veröffentlicht Verlagsleiter Ernst Brandt, Vorstand des Verlags...

Diegen die Verhältnisse schon auf dem Gebiete der Kohle so überaus traurig und trostlos, und verärgert man sich...

Das Kilo Markenzucker 340 Mk.

Berlin, 20. Nov. Der Beirat für die Zuckerwirtschaftung, der aus Vertretern der Reichszuckerindustrie...

Brahms und Scharwenka.

Lover Scharwenka, der berühmte Klavierspieler und Komponist, läßt demnach bei R. F. Kochler in Leipzig seine Lebenserinnerungen unter dem Titel...

Nach dem Verlassen des Bades begabte mich von ungefähr Georg Denfel, damals im Besitz seines Sängertums...

Regierungserklärung über die Dresdner Ausschreitungen.

Die Regierung verbreitet durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgende Darstellung über die Vorgänge in Dresden:

„Die im Anschluss an eine Demonstration von Erwerbslosen, Kriegsoffizieren und Arbeitlosen am Sonnabend erfolgten Plünderungen und sonstigen Ausschreitungen sind, wie die vorläufigen Feststellungen ergeben haben, systematisch von verantwortungslosen Elementen vorbereitet worden.“

zur „Selbsthilfe“ aufgefordert

und eine „Hungerdemonstration“ für Sonnabend angeführt. Man hatte bereits in der Erwerbslosenversammlung vom 7. November im Volkshaus ganz offen erklärt...

Das Polizeipräsidium hatte deshalb die Verantwortlichen auf das Bedenkliche ihres Tuns energisch hingewiesen und sie verpflichtet, für Ruhe und Ordnung bei der Demonstration mit beizutragen zu sein.

Trotz ihres Versprechens haben nun einige der Verantwortlichen den etwa 800 bis 1000 Demonstranten am Bahnhof die „Selbsthilfe“ befohlen, das das Verbot der Demonstration von vornherein kein Anlass vorzulegen habe...

Es sei der Wille der Massen ausschlaggebend und nicht der der Regierung.

Zurufe aus der Menge: „Heute muß es losgehen, die Regierung muß runter!“ u. a. m. waren das Echo dieser deutlichen Anforderungen.

Darüber sind einzelne Trupps von je 200 bis 300 Personen nach verschiedenen Richtungen auseinandergezogen und haben, ehe die Polizei sie hindern konnte, mit Ungelenkigkeit vor sich hergehenden Zweck angefertigten Dolchkeulen Fensterbeschlägen zertrümmert und Auslagen und Geschäftsgüter zerstört.

Wiederholt sind Vorkämpfer von Aufständischen geschlagen worden, sie haben jedoch mit der blauen Waffe nur

dort beantwortet, wo man in bedrohlicher Weise tätsch gegen sie vorging oder wo Verhaftete gewaltsam befreit werden sollten. In ähnlichen Fällen hat auch der Bummelschwarm einige Male angewendet werden müssen.

Die Ergebnisse der vorläufigen Untersuchung

deuten daraufhin, dass es sich bei diesen Ausschreitungen offenbar neben einer gewiss nicht unberechtigten Demonstration schwer vornehmender Menschen auch um Bestrebungen gewisser Leute handelt, die die Not der Erwerbslosen ausnützen, um Fische und andere Gewalttätigkeiten zu veranlassen.

Die Polizei

hatte zwar alle Vorbereitungen getroffen, allein die Demonstration von vornherein zu verhindern, lag kein Anlass vor, da eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Sinne des Artikels 123 der Reichsverfassung...

wenn nicht Tausende und aber Tausende von Neuerlichen sie andauernd am Vorgehen gehindert hätten.

Wir richten aus Anlass dieses Vorfalles an alle Neubürger die Mahnung, bei derartigen Vorkommnissen nicht mäßig dabei zuzusehen und dadurch die Arbeit der Polizei zu hindern.

Die Regierungserklärung gibt zugleich selbst ihre Kritik. Das wird offenbar, wenn man die Stellen, in denen von den bedrohlichen Vorgängen und Stimmungsumtönen einige Tage vor dem Ausbruch der Unruhen die Rede ist...

Der Eindruck dieser Ausführungen wird in sehr wirksamer Weise ergänzt und vervollständigt durch die Darlegungen, die in der „Dresdner Volkszeitung“ enthalten sind. Das sozialdemokratische Organ weist darauf hin, dass schon seit einer reichlichen Woche durch die Stadt Gerüchte liefen, es werde bald etwas geben.

Eine solche „psychologische Mummel“ geschaffen, in dem plötzlichen der Explosion zum Ausbruch kommt. Sehr richtig! Was folgt nun aber daraus für den gesunden Menschenverstand? Das tatsächlich eine „unmittelbare Gefahr“ für die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf einem so bedrohlich vorbereiteten Boden bestand, und das es daher die Aufgabe der verantwortlichen Behörden gewesen wäre, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen...

Eine solche „psychologische Mummel“ geschaffen, in dem plötzlichen der Explosion zum Ausbruch kommt. Sehr richtig! Was folgt nun aber daraus für den gesunden Menschenverstand? Das tatsächlich eine „unmittelbare Gefahr“ für die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf einem so bedrohlich vorbereiteten Boden bestand, und das es daher die Aufgabe der verantwortlichen Behörden gewesen wäre, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um die Dresdner Bevölkerung vor den zu befürchtenden schweren Schädigungen zu bewahren.

meine Verlobung mit Fräulein Jenaide anzeigen, analog mit der Bitte, die Widmung meines „Romanero“, Op. 32, der in Sahnig entstand, als ein Zeichen meiner hohen Verehrung und Bewunderung entgegenzunehmen zu wollen.

„Gehörter Herr! Sie haben gut lachen und anderen eine Freude machen! Das bessere Teil haben Sie doch erwähnt; ich kann gar nicht anders, als mich erst dessen freuen und ihnen von Herzen Glück wünschen.“

„Kunst und Wissenschaft.“ Dresden Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Der Barber von Seville“ (148).

Mittwoch, den 22. November (148): Die tote Stadt mit Hans Nitsch vom Friedrichtheater in Teltow (Paul) als Gast, Helena Forst, Rudolf Schmalnauer, Friedrie Haberkorn, Annela Kolniak, Helene Anna, Walter Kreidewitz, dann Annela, Ludwika Böhlich.

